



Ausschuss für Kommunalpolitik

97. Sitzung (öffentlich)

19. Juni 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Rainer Klemann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

- 1 Kommunale Demokratie stärken – Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern – Mehr Transparenz über die Arbeit in den kommunalen Vertretungen schaffen!**

10

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3426

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3546

In Verbindung mit:**Aktueller Sachstand zum Abschlussbericht der Arbeitsgruppe
„Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter
verbessern“**

Tischvorlage

siehe Anlage zu TOP 1

Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt die Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“ (*siehe Anlage zu TOP 1*) zur Kenntnis und verständigt sich darauf, sich Ende August 2015 mit dem dann vorliegenden Abschlussbericht zu beschäftigen.

2 Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene**15**Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474In Verbindung mit:**Gesetz zur Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden**Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5743Und:**Einführung von Kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht**Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5500Sowie:**Bürgermeisterabwahl vereinfachen**Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5499

Ausschussprotokoll 16/858

- a) Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene 15**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik fasst auf Wunsch der Piratenfraktion keinen Beschluss über diesen Gesetzentwurf. Die Piratenfraktion wird sich bemühen, ihn von der Tagesordnung des Plenums in der kommenden Woche nehmen zu lassen, und zu einem späteren Zeitpunkt ein Signal geben, wenn er wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses genommen werden soll.
- b) Gesetz zur Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden 17**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik lehnt diesen Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion ab.
- c) Einführung von Kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht 18**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik lehnt diesen Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion ab.
- d) Bürgermeisterabwahl vereinfachen 21**
- Die Piratenfraktion wird über ihren Parlamentarischen Geschäftsführer gegenüber der Präsidentin schriftlich erklären, dass sie diesen Antrag zurückzieht.
- 3 Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse 22**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8385
- Stellungnahme 16/2763
Stellungnahme 16/2764
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3029
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt diesen Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und

Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von
CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion an.

- 4 Entwurf der Vierten Verordnung zur Änderung der Ausführungs-
verordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) –
Sozialhilfe – des Landes Nordrhein-Westfalen (AB-SGB XII NRW) vom
16. Dezember 2004** **26**

Vorlage 16/2950

Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt den Entwurf
dieser Verordnung zur Kenntnis.

- 5 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle** **27**

Vorlage 16/2860

Der Ausschuss für Kommunalpolitik verständigt sich darauf,
sich an der hierzu durchgeführten Anhörung des Ausschuss-
es für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz am 31. August 2015 pflichtig zu betei-
ligen.

- 6 Gesetz zum Bürokratieabbau in den Kommunen – Kommunales
Bürokratieabbaugesetz** **28**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8649

Stellungnahme 16/2788

In einem Obleutegespräch wird eine Verständigung über das
weitere Vorgehen in Bezug auf das von der CDU-Fraktion
hierzu vorgeschlagene Fachgespräch erfolgen.

- 7 Die Anerkennung der Flüchtlingsproblematik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung 29**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8639

Die CDU-Fraktion beantragt, zu diesem Antrag ein Fachgespräch durchzuführen. Der Vorsitzende bittet, dabei den Gesamtterminplan im Blick zu behalten und noch einmal über die Möglichkeit einer verbundenen Debatte mit dem Antrag von CDU und FDP Drucksache 16/8122 – Neudruck –, gegebenenfalls auch zu einem späteren Zeitpunkt als Ende August 2015, nachzudenken.

- 8 Der Fall Kühn bleibt weiter ungeklärt – Warum bleibt die Landesregierung untätig? 31**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2839

Der Ausschuss diskutiert über diesen Bericht der Landesregierung.

- 9 Kommunale Folgen der neuen Bevölkerungsprognose 33**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2882
Vorlage 16/3001

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

10 Wird die Landesregierung jemals einen Kommunalfinanzbericht vorlegen? 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3024

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

11 Konsequenzen des Kölner Wahldebakels – Welchen Schaden nimmt die Demokratie? 35

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3025

Der Ausschuss diskutiert engagiert über diesen Bericht der Landesregierung.

12 Landespläne für die Verteilung der Investitionsmittel des Bundes in Höhe von 1,125 Milliarden € in NRW – Welche Kommunen erhalten Unterstützung? 39

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3026

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung nach kurzer Diskussion zur Kenntnis.

13 Ungebremster Anstieg der kommunalen Schulden in Nordrhein-Westfalen 40

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3021

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

14	Verschiedenes	41
a)	Beratungsverfahren zum Gesetz zur Neuregelung des Brand- schutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes	41
b)	Terminplan 2016 Tischvorlage <i>siehe Anlage zu TOP 14</i>	41
c)	Nächste Sitzungen des Ausschusses für Kommunalpolitik	41

* * *

8 Der Fall Kühn bleibt weiter ungeklärt – Warum bleibt die Landesregierung untätig?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2839

(Die Erstellung eines Wortprotokolls zu diesem Tagesordnungspunkt wurde von Torsten Sommer [PIRATEN] beantragt.)

Vorsitzender Christian Dahm: Dieser Bericht ist von der Piratenfraktion mit Schreiben vom 24. März 2015 erbeten worden. Bei seiner letzten Sitzung hat der Ausschuss die Aussprache hierzu vertagt. Nun bitte ich um Wortmeldungen.

Torsten Sommer (PIRATEN): Noch einmal danke dafür, dass das mit der Vertagung geklappt hat. – Ich bedanke mich auch bei der Landesregierung für den Bericht. Natürlich habe ich noch einige Rückfragen dazu.

Die Bezirksregierung wollte den Fall ja prüfen und dann wahrscheinlich auch einen Prüfbericht erstellen. Dass man das tun wollte, ist am 24. Juni 2014 gesagt worden. Das ist jetzt ungefähr ein Jahr her. Seitdem hat zumindest uns ein Bericht der Bezirksregierung dazu über Sie nicht erreicht. Haben Sie denn von sich aus schon etwas unternommen, um diesen doch recht komplexen Rechtsfall zu prüfen? Haben Sie ein Gutachten – intern oder extern – in Auftrag gegeben? Und haben Sie mit dem VKA RWE inzwischen darüber gesprochen? Beim letzten Gespräch war ja angekündigt worden, dass Sie mit dem VKA RWE darüber sprechen wollten. Ich hätte gerne gewusst, wie da die Ergebnisse bis jetzt sind.

StS Bernhard Nebe (MIK): Ich bin zwar der Auffassung, dass die Fragen, die Sie gestellt haben, in dem Bericht beantwortet sind, will aber dennoch die Punkte noch einmal hervorheben – bis auf die Frage bezüglich der Bezirksregierung. Es hat dazu letztlich keinen Bericht der Bezirksregierung gegeben. Der Sachverhalt hat sich ja im Grunde dadurch erledigt, dass die Kreisverwaltung offenbar ihre Rechtsposition verändert hat. Es ist klar, dass auch aus Sicht der Kreisverwaltung Herr Kühn keinen Anspruch auf die Vergütungen aus seiner Tätigkeit im RWE-Aufsichtsrat hat. Uns ist auch nicht bekannt, dass es da irgendwelche rechtlichen Schritte gegeben hat. Bisher jedenfalls sind dazu unseres Wissens keine rechtlichen Schritte von Herrn Kühn unternommen worden. Im Grunde ist der Sachverhalt damit de facto derzeit erledigt, weil durch andere kommunale Vertreter in Aufsichtsräten diese Rechtsposition, die Herr Kühn offenbar in der Vergangenheit eingenommen hat, nicht verfolgt wird.

Richtig ist, dass das Gespräch mit dem VKA RWE noch nicht stattgefunden hat. Es wird aber stattfinden.

Torsten Sommer (PIRATEN): Wann ist das Gespräch denn geplant? Und informieren Sie uns dann zumindest darüber, dass es stattgefunden hat? Was Sie vom inhaltlichen Part weitergeben, werden Sie natürlich mit dem VKA RWE absprechen müssen.

Ferner würde mich Folgendes interessieren: Es ist ja eine grundsätzliche Problematik. Möchte sich das Ministerium da eine Rechtsauffassung bilden, die dann auch gründlich recherchiert ist – anhand von Gutachten, was auch immer? Möchten Sie das nicht einmal grundsätzlich geklärt wissen – und uns dann auch darüber informieren? Das fände ich schön.

StS Bernhard Nebe (MIK): Wir neigen derzeit nicht dazu, noch ein weiteres rechtliches Gutachten dazu einholen, weil es in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe – zwei oder drei, soweit ich weiß – Gutachten zu diesem Punkt gegeben hat. Ein weiteres Gutachten würde da vermutlich nicht weiterhelfen. Mit dem sogenannten Napp-Urteil haben wir eine relativ klare rechtliche Grundlage. Wir wollen unsere Meinungsbildung zum Abschluss bringen – ich rechne, noch in diesem Jahr – und werden dann im Erlasswege tätig werden und darüber gerne auch den Ausschuss informieren.

Torsten Sommer (PIRATEN): Können Sie noch den Termin nennen, wann Sie mit dem VKA NRW sprechen?

StS Bernhard Nebe (MIK): Die Terminkalender der Landesregierung möchten wir ungern veröffentlichen.

Vorsitzender Christian Dahm: Vielen Dank. – Dann können wir diesen Tagesordnungspunkt auch wieder verlassen. Er wird uns in dieser Wahlperiode sicher noch einmal beschäftigen.

Torsten Sommer (PIRATEN): Ich beantrage ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Ausschuss diskutiert über diesen Bericht der Landesregierung.